



## **Brutales Vorgehen der Polizei bei der SchülerInnendemo am 8.11.07 in Lüchow**

**Wir, die Schüler und Schülerinnen, die die Schülerdemo am 8.11. organisiert haben, sind schockiert von den Repressionsmaßnahmen der Polizei.**

Unser Anlass für die Demonstration war die ReproSafeKonferenz in Braunschweig vom 6.-9. November, welche die Lagerung hochradioaktiver Abfälle unter Tage befürwortet, ohne sich kritisch damit auseinander zu setzen. Dieses geriet jedoch durch das unverhältnismäßige Auftreten der Polizei in den Hintergrund. Einzelne Eierwürfe wurden mit einem massiven Polizeiaufgebot beantwortet.

Die Einsatzleitung brach das Versprechen anschließlicher Verkehrssicherung und schnell war der Demonstrationzug von bewaffneten, gepanzerten und aggressiven Polizeikommandos durchsetzt. Ihr Auftreten wurde durch einen Schlag mit einer Kamera ins Gesicht eines 13-jährigen Jungen und eine als Erziehungsmaßnahme bezeichnete willkürliche Polizeikette, welche die Demonstration am Weiterziehen hinderte, geprägt.

### **Einkesselung der Demo**

Zur Erfassung von angeblichen StraftäterInnen wurden während der Veranstaltung rund 330 Personen, darunter Jugendliche und Kinder, ohne jegliche Vorwarnung bzw. gesetzlich vorgeschriebene Demonstrationsauflösung eingekesselt. Doch ist das Rütteln an einem Tor eine Straftat? Rechtfertigt das solch einen polizeilichen Einsatz? Selbst die Beurteilung eines unbeteiligten Juristen, der die Einsatzleitung auf die Illegalität dieser Maßnahmen aufmerksam machte, wurde ignoriert. Wer den Kessel verlassen wollte, mus-



ste seine Personalien angeben und wurde zu Foto- bzw. Videoaufnahmen gezwungen.

### **Brutales Vorgehen der Polizei**

SchülerInnen bei denen keine Personalienfeststellung möglich war, wurden in Gewahrsam genommen. Diese Maßnahme dauerte über drei Stunden und wurde mit solcher Brutalität durchgeführt, dass es zu etlichen Verletzungen kam. Einem Schüler wurde die Nase gebrochen. Als sich SchülerInnen weigerten, Fingerabdrücke zu geben, wurde einer Schülerin der Daumen ausgekugelt. Auf dem Polizeirevier musste sich eine Schülerin bis auf die Unterwäsche ausziehen.

Es ist offensichtlich, dass das Auftreten der Staatsgewalt nicht dem Aufklären der angeblichen Straftaten diene, sondern deren Ausmaß eher provozierte als minderte.

### **Was also war das Ziel der Polizei?**

Massendatensammlung generalverdächtigter BürgerInnen? Einschüchterung? Übung für die unerfahrenen Kollegen oder für manchen Abbaufahren von Aggressionspotential? Demonstrationen verlaufen friedlich, unter der Bedingung, dass die Polizei sich an die Absprachen hält und nicht provozierend eingreift!

*Eikehr Wieder, Lüchow*

### **Inhalt**

- S. 1 Brutales Vorgehen der Polizei bei der SchülerInnendemo am 8.11.07 in Lüchow
- S. 2 Zeitlicher Ablauf vor der Polizeikaserne am 8.11.07
- S. 3 Der Ermittlungsausschuss Gorleben informiert  
Respekt
- S. 4 Proteste in Braunschweig:  
„Endlager“ no way  
Verantwortung übernehmen – Den Endlagerkonsens realisieren
- S. 5 Endlagersuche - wie umsetzen  
Gebührender Empfang  
Reposafe Braunschweig: Büffet im Rittersaal
- S. 6 Atommülltransport von Rheinsberg zum Zwischenlager Greifswald
- S. 7 Atommüll stiftet Endlager-Professur
- S. 8 Verschiedenes & Termine & Service

### **Wir lassen uns diesem Umgang**

### **mit unseren Kindern nicht gefallen!!**

### **Schluss mit dem brutalen Vorgehen**

### **der Polizei, speziell gegen SchülerInnendemos**

### **Demonstration am 1. Dezember 2007 in Lüchow**

Genauere Angaben bitte der Tagespresse und den Publikationen entnehmen bzw. im BI-Büro erfragen.  
*Die Eltern*

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebinden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmiede Mol entdeckt („Transnuklearkandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfeinhalb Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summierten sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

# Zeitlicher Ablauf vor der Polizeikaserne am 8.11.07

**Zeiten differieren möglicherweise zu Polizeiangaben um 2 Minuten**

11:10 Das erste Tor gibt der Rüttelei nach. Die SchülerInnen vorne sind verunsichert. Damit haben sie nicht gerechnet. Es dauert kurze Zeit, bis die ersten auf das Polizeigelände gehen. Danach befinden sich ca. 40-50 Menschen, SchülerInnen, aber auch Pastoren, zwischen den beiden Toren. Am zweiten Tor wird auch gerüttelt, es hält aber. Eier und Kracher fliegen, besonders dann auf ein Fenster, hinter dem mit einer Videokamera gefilmt wird. Nach ca. 5-10 Minuten verlassen die Menschen das Gelände wieder.

11:30 Die Polizei kesselt die Demonstration ein. Niemand wird mehr zum Demo-Lautsprecherwagen und zum Essensstand gelassen, die weiter hinten stehen. Begründung eines Konfliktmanagers: Es ist angeordnet worden.

11:44 Die Polizei löst per Lautsprecherdurchsage die Demo auf. Es gibt keine Aufforderung, den Platz zu verlassen.

12:04 1. „Information“ der Polizei hinsichtlich Durchlassstelle Richtung Lüchow mit Personalienfeststellung.

12:07 2. Durchsage der Polizei mit dem Hinweis auf die eingerichtete Durchlassstelle Richtung Lüchow. Die

Prozedur dauert an. Die Menschen, die herausgekommen sind, werden von oben bis unten per Video abgefilmt. 2 Bälle werden in den Kessel geworfen, die SchülerInnen fangen an Fußball zu spielen.

13:50 Nach einer erneuten Durchsage werden jetzt einzelne mit Gewalt herausgegriffen. Einem Schüler wird, während er weggezerrt wird, mit der Hand in das Gesicht gedrückt, er erhält Schläge, wird dann von Polizeibeamten (hinter der Kette) auf die Motorhaube eines Fahrzeuges geworfen, der Kopf mit der Hand im Gesicht dort „fixiert“. Per Durchsage erfolgt nun die „Androhung körperlicher Gewalt“ und Durchsuchungen.

14:20 3 Jugendliche wollen den Kessel verlassen, aber nur in der Begleitung ihrer erwachsenen Betreuerin. Die Polizei lässt das nicht zu. Erst müssten die Jugendlichen aus dem Kessel raus, dann erst die Erwachsenen.

14:45 Ein Jugendlicher wird brutal weggezerrt, auf den Boden geschubst, fliegt durch die Luft, es wird an Armen und Beinen gezerrt, Kinn und Bein werden verdreht. Den Verbliebenen wird anschließend direkt gedroht, sie hätten zwei Möglichkeiten, mit und ohne....“

14:50 Es befinden sich noch ca. 18 Kids im Kessel, die auf der Verkehrsinsel sitzen und sich untergehakt haben. Es wird weggetragen, dabei heftig zugepackt, mit Griffen in Nacken und ins Gesicht.

14:58 Einem Jungen werden Finger und Beine umgedreht, wird an einem Arm und Bein hochgehoben, weggeschleift. Hinter der Polizeikette fliegt er plötzlich in die Luft, landet auf dem Asphalt, wird von mehreren Polizeibeamten auf den Boden gedrückt, dabei wird mit der Hand auf Hals und Gesicht der Kopf brutal auf den Asphalt gehalten.

15:00 Der „Schaden“ an den Toren wird begutachtet. Nun werden die Verbliebenen offensichtlich von andren Polizeibeamten etwas zahmer weggetragen.

15:07 Es befinden sich noch 7 Jugendliche im Kessel. Ein Beamter droht, falls sie nicht freiwillig mitgehen würden: „Wir müssen Sie ziehen, und das tut weh, weil wir nicht tragen.“

15:14 Die „Maßnahme“ ist beendet. Das zuletzt aus dem Kessel geschleppte Mädchen will sich nicht fotografieren lassen, dreht sich zur Seite. Sie klappt psychisch zusammen, fängt an zu weinen. Dennoch wird versucht, ihr den Kopf Richtung Kamera zu drehen. Sie wird vom Polizeifotografen ausgelacht. Einer Demonstrierenden, die versucht zu ihr zu gelangen um sie zu trösten, wird erst auf Intervention des Jugendamtleiters der Durchlass gestattet, dass sich die beiden Mädchen gemeinsam fotografieren lassen.

D. Metk, Demobeobachter



Straße ist auch dort von quer stehenden Polizeifahrzeugen und -ketten „dicht“ gemacht worden. Einkesselt sind alle, auch Kinder und viele unter 14 Jahren.

12:14 Die „Durchlassstelle“ wird geöffnet. Nur einzelne werden herausgelassen, es gibt Gedränge. Die



# Der Ermittlungsausschuss Gorleben informiert

**Einigen von Euch ist während der Polizeiaktion auf der SchülerInnen-Demo mit Anzeigen gedroht worden.**

**Wir sagen dazu erst Mal:**

**Keine Panik!!!!**

Meistens drohen die beteiligten Polizisten mit Konsequenzen, aber oft ist das, was sie gegen Euch in der Hand haben, zu dürrtig, als das sie etwas damit machen könne.

Solltet Ihr doch, telefonisch oder schriftlich, von der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder der Jugendgerichtshilfe hören, meldet Euch unbedingt sofort beim EA. Wir werden alles Weitere mit Euch besprechen. Wichtig ist, das Ihr Euch schnell meldet, da es für alles kurze Fristen gibt, wenn die abgelaufen sind, ist nichts mehr zu machen.

**Vielen von Euch ist übel von der Polizei mitgespielt worden und ihr wollt sie wegen Körperverletzung anzeigen.**

Es ist natürlich richtig, deren brutales und verächtliches Verhalten nicht einfach hinzunehmen, sondern sich dagegen zu wehren. Aber unsere Anwälte raten sehr oft davon

ab Anzeige zu erstatten, weil es in diesem Land nun mal fast immer so ist, das kein Richter einen Polizisten gegen seine eigene Aussage und der seiner Kollegen verurteilt, wenn es nicht sehr gute Aufnahmen und andere Zeugenaussagen gibt. Oft ist es sogar so, dass sie mit Gegenanzeigen reagieren und Ihr dann ein Verfahren am Hals habt. Grundlage für alle eventuellen Verfahren sind Eure Gedächtnisprotokolle.

Schreibt Gedächtnisprotokolle, wenn Ihr selbst betroffen seid oder Übergriffe beobachtet habt. Formulare auch im BI-Büro und da auch bitte abgeben. - Nicht mailen – nicht faxen!!! –

**Wenn Ihr Fragen habt, könnt Ihr uns anrufen:**

**05841-979430**

Unsere Bürozeiten sind Mittwoch von 19:30-21:00Uhr  
Wenn Ihr auf den AB quatscht, rufen wir Euch zurück.

**Unsere Devise lautet:**

**Mit der Polizei redet Mensch nie!!!!**



## Respekt

Wir Unterzeichnende protestieren gegen die Übergriffe auf die SchülerInnen-Demo am 8. November durch die Polizei. Gegen Kinder und Jugendliche wurden verummte, behelmte und gepanzerte Polizisten mit Spezialhandschuhen, Schlagstöcken und Waffen eingesetzt. Die Demonstrierenden wurden anlässlich Eier- und Böllerwürfen geschubst, eingekesselt, geschlagen, bedroht, gezwungen, verletzt, erkennungsdienstlich erfasst, fotogra-

fiert und zu Aussagen genötigt.

Wir Erwachsenen als Eltern, Großeltern, FreundInnen etc. stehen hinter den jungen Leuten.

Zurück bitte mit einem Geldbetrag zur Finanzierung dieser Anzeige in der EJZ an das BI-Büro, Lüchow, Drawehnerstr. 3

Mit meiner Unterschrift protestiere ich gegen diesen aggressiven Polizeieinsatz und drücke meinen Respekt vor dem gesellschaftspolitischen Engagement der Kinder und Jugendlichen aus.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan.

Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planetarischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.

# Proteste in Braunschweig: „Endlager“ no way

International Conference on Radioactive Waste Disposal in Geological Formations

Wissenschaftler aus dem In- und Ausland wollten auf dieser vom Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs) und der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) veranstalteten Tagung die Endlagerung radioaktiver Materialien voranbringen.

Der versammelten Fachwelt im Saal schildert Gabriel kurz die heimischen Problemlagen mit Asse II im Landkreis Wolfenbüttel, Morsleben bei Helmstedt, Gorleben und Schacht Konrad in Salzgitter. „Da sehen wir, wie man es nicht machen sollte“, sagt Gabriel.

hinter seinem Berliner Koalitionspartner“, kritisiert der Sprecher der Bi, Francis Althoff. Seine Vorstellungen zum Endlagerprojekt Gorleben sind schwammig und ausweichend.

Während etliche Vertreter der Standortinitiativen aus Morsleben, Gorleben, Schacht Konrad und der Asse an den Vorträgen und Diskussionen teilnehmen, hatten andere Atomkraftgegner draußen eine imposante Mahnwache aufgebaut: den Mobilisierenden Musik Kampf Wagen aus dem Wendland direkt vor dem Eingang der Konferenz, dem Greenpeace- Sattelschlepper mit Castorbehälter, einem aufblasbarem AKW vom IPPNW direkt an der Stadthalle an einer der meist befahrenen Straßen der Stadt.

Ein Zirkuswagen mit Anhänger als Infomobil, Infostand und Stelltafeln zu allen Atommüll-Standorten in Deutschland und den vielen Transparenten sorgten dafür, dass die Gefahren der Atomkraft und der Endlagerung Gesprächsstoff bei den Wissenschaftlern wurden.

Öffentlichkeitswirksam hatten Aktivisten von Robin Wood und dem Anti-Atom-Plenum Braunschweig auf dem Gelände des illegalen Atommülllagers Asse II den Förderturm besetzt und dort ein 45 m2 großes Banner mit der Aufschrift „Auslaufmodell ASSE“, befestigt. Damit machten die Aktivisten darauf aufmerksam, dass sich in der Asse der größte anzunehmende Unfall (GAU) der Endlagerung von Atommüll anbahnt, nämlich das Absaufen mit anschließender Freisetzung radioaktiver Stoffe in der Biosphäre.

Eine Kundgebung in der Innenstadt Braunschweigs und abendliche Freiluftkonzerte vor dem Tagungsort dienten zur Information der Bevölkerung.

Mahnwachen an den vier Bergwerken Gorleben, Morsleben, Asse II und Schacht Konrad empfingen die TagungsteilnehmerInnen auf ihren Erkundungsausflügen.

Gerhard Förster



Schon der Name der Veranstaltung ReproSafe, ein Kunstwort aus dem Englischen repository (Aufbewahrungsort, Speicher) und safe (sicher) weist den Weg: eine sichere Endlagerung sei möglich.

„Auf Wiedersehen in Gorleben“, ruft der Sensenmann auf Stelzen in Braunschweig. Umweltminister Sigmar Gabriel grüßt freundlich-lässig nach oben. „Ich hab zwei Endlager in meinem Wahlkreis“, erklärt er dann. Er könnte die Proteste verstehen.

Gorleben und Konrad – so sicher wie die einstürzenden und absaufenden Endlager Asse und Morsleben“, halten Atomkraftgegner dem SPD-Politiker auf schwarzgelben Transparenten entgegen.

Wie man es besser macht, weiß Gabriel auch: Im Vorjahr hatte sein Bundesumweltministerium ein Verfahren zur Standortsuche vorgeschlagen, das sich im üblichen Nahkampf mit CDU/CSU und Energieversorgern bisher nicht durchsetzen kann. Grundsätze ruft Gabriel in Braunschweig noch einmal ins Gedächtnis: Deutscher Atommüll-Deutsche Endlager, Sicherheit zuerst, klare Kriterien und umfassende Beteiligung der betroffenen Bevölkerung. Die Schweiz zum Beispiel mache das so, lobt Gabriel.

Bei der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg konnte der Minister mit seinen Vorschlägen bei seinem Antrittsbesuch in Gorleben keine Punkte machen. „Der Umweltminister versteckt sich

## Verantwortung übernehmen - Den Endlagerkonsens realisieren

Aus Grußwort Sigmar Gabriel aus Anlass der ReproSafe Konferenz 6-9. November 2007

„Das von mir im Herbst 2006 vorgelegte und in der Bundesregierung zur Diskussion gestellte Konzept basiert auf den 2002 entwickelten Vorschlägen des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd).

Im Unterschied zu dem vom AKEnd vorgeschlagenen Auswahlverfahren, welches von einer weißen Landkarte ausgeht, berücksichtigt das Verfahren den Standort Gorleben in besonderem Maße, da dort bereits umfangreiche Erkundungen durch-

geführt und 1,4 Milliarden Euro in das Projekt investiert wurden.

Das Konzept sieht eine Prüfung dahingehend vor, ob sich Standortalternativen zu Gorleben aufdrängen, die ein höheres Sicherheitsniveau erwarten lassen bzw. aufweisen.

Demnach sollte ein anderer Standort nur dann ausgewählt und erkundet werden, wenn er deutliche Sicherheitsvorteile gegenüber Gorleben verspricht.“

Original Zitat während der Eröffnungsrede in Braunschweig



# Endlagersuche - wie umsetzen

Stellungnahme von U. Jentsch zur Berichterstattung in der EJZ vom 25.10.07

In der Berichterstattung über die Atomausschusssitzung und der Aussagen der geladenen Wissenschaftler blieben wichtige Aussagen unerwähnt:

1. Auch nach Jahren, nachdem der von der Regierung eingesetzte Arbeitskreis Endlagerung seine Arbeitsergebnisse der Öffentlichkeit vorgestellt und seine Empfehlungen an die Politik ausgesprochen hat, gibt es keine nachvollziehbaren Kriterien, nach denen eine alternative Standortauswahl begonnen werden könnte.

2. Bereits 1995 hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe auf der Grundlage von 41 untersuchten Salzstöcken geologische Auswahlkriterien für eine Endlagerung hochradioaktiver Abfälle in diesem Medium veröffentlicht. Auf Weisung der Politik durfte der Salzstock Gorleben in die Untersuchung nicht einbezogen werden. Nach diesen Kriterien wäre jedoch der Salzstock Gorleben nicht in die nähere Auswahl einbezogen worden.

3. Bereits seit 1984 steht fest, dass das

Deckgebirge über dem Salzstock Gorleben keine Barrierefunktion hat. Bereits in der Elstereiszeit hat es diese Eigenschaft verloren.

(Anm: Auch der Arbeitskreis Endlagerung befasste sich nicht mit dem Standort Gorleben.)

4. Der Begriff „Eignungshöflichkeit“ ist eine inhaltsleere Phrase in der politischen Auseinandersetzung. Dieser Begriff wurde im Zusammenhang mit Endlagerung wissenschaftlich nicht definiert.

(Anm: Gleiches gilt für den Begriff „Ergebnis offene Erkundung“.)

**Fazit:** In Gorleben wurde auf der Grundlage politischer Entscheidung mit dem Bau eines Endlagers begonnen entgegen vorhandener, wissenschaftlich begründeter Sicherheitsbedenken. Die s.g. „Pilotkonditionierungsanlage“ ist dafür ein zusätzlicher Beleg. Die politischen Lobbyisten verwenden die Begriffe „Eignungshöflichkeit“ und „Ergebnis offene Erkundung“ in der Diskussion, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Niedersächsische Landesregierung und CDU auf

Kreisebene bedienen sich dieser Begriffe, um vollendete Fakten zu schaffen. Dabei gehen sie stillschweigend davon aus, dass es genügend künftige Wissenschaftler gibt, das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für ein Endlager durchzuführen.

In seinem Papier „Verantwortung übernehmen: Den Endlagerkonsens realisieren“ fordert Umweltminister Gabriel die Errichtung eines Untertageabbaus in Gorleben. Die Universität Clausthal hat kürzlich einen Lehrstuhl für Endlagerung installiert. Sie hat Erfahrung, wie unter der Fahne der Wissenschaft sich auch ohne die gesetzlichen Auflagen ein Endlager realisieren lässt, wie das Beispiel Asse II belegt.

**Was ist demnach vom Besuch des Umweltministers Gabriel Substantielles zu erwarten?**

**Nichts!**

Tiessau, 29.10.07  
Udo Jentsch

## Gebührender Empfang

RepoSafe Teilnehmer am Erkundungsbergwerk in Gorleben

Einen Tag nach dem brutalen und skandalösen Auftreten der Polizei während der SchülerInnen demo am 8. November standen die beteiligten Einheiten aus Braunschweig wieder Anti-Atom-Demonstranten gegenüber.

Diese hatten sich ab 8 Uhr am so genannten Erkundungsbergwerk eingefunden und zahlreiche Transparente an den Bäumen angebracht. Der Mobile Musikkampfwagen, zurück aus Braunschweig, unterhielt mit anfeuernder Musik. So war die Stimmung gut, als der Bus aus

Braunschweig mit den Teilnehmern der RepoSafe Konferenz eintraf. Schnell wurde die Straße blockiert, um mit den Befürwortern der Einlagerung Argumente austauschen zu können.

Auch einige Farberbeiter flogen Richtung Bus. Die Insassen stellten sich nicht kritischen Fragen, sondern vertrauten auf die anwesende Polizei. Die Kesselte, wie schon am Vortage, die ca. 50 Demoteilnehmer ein und stellte anschließend Personalien fest und fotografierte alle Personen.

Wolfram Taubitz



## Reposafe Braunschweig: Büffet im Rittersaal

**07.11. Reposafe Braunschweig:  
Atommüll: sicher?  
Gorleben, sicher?  
Castor sicher?  
alles Todsicher!!!**

bis auf eins: Clowns überwinden das Mehrbarrierensystem der Burg Dankwarderode in Braunschweig und sichern sich ein Bankett mit verunsicherten (Un)Wissenschaftlern

Nachts in der „Stadt der Wissenschaft 2007“ Braunschweig: Zur Reposafe ([www.reposafe.de](http://www.reposafe.de)) trafen sich hochrangige internationale Wissenschaftler um über die sichere Endlagerung von Atommüll zu tagen. Am Mittwoch abend trafen sie sich zu einem Bankett im Rittersaal der Burg Dankwarderode in Braunschweig um ihre zweifelhaft wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zur nuklearen Entlagerung von Atommüll zu

begiessen und die sichere Atmosphäre der Burg zu genießen.

Hinter zwei Meter dicken Burgmauern, Panzerglas und bewacht von Securities wählten die Wissenschaftler welche für die Sicherheit zuständig sind sich sicher. Doch nichts ist sicher. Dies stellten sie dann auch mit Sicherheit fest als todsicher die Guerillaclowns in ihrer sicherlich ungewöhnlichen Abendgarderobe in die Sicherheit der Burg eindringen. Sichtlich ungestört konnten die Clowns ihre Sicherheitsbedenken unter verdutzte Sicherheitsvolk bringen und das mit Sicherheit langweiligste und TODernste Bankett mit einem STRAHLENDEM Lächeln aufmischen, eine imaginäre nucleare Bombe zünden, nach spaltbarem Material suchen und ein sicheres Enlager für radioaktive Wissenschaftler ankündigen.

Sicherlich muß hier noch erwähnt werden das

nicht jeder Strahlenschutz -Beauftragte überzeugt werden konnte. Unberührt dessen Verließen die Clowns sicher in Begleitung von Sicherheitsbeamten die sichere Burg und lösten sich dann in der Sicherheit der Nacht in Luft auf. **Die HerrInnen in Grün kamen wiederum zu spät und konnten auch diesmal die Sicherheit nicht garantieren. Die auch zu keinem Zeitpunkt gefährdet war!**

**Oder doch?**



# Atommülltransport von Rheinsberg zum Zwischenlager Greifswald

**Es war der schwerste Atomtransport in der deutschen Geschichte über die Schiene: Am 30. Oktober wurde der Reaktordruckbehälter aus dem im Abbau befindlichen Atomkraftwerk Rheinsberg, nördlich von Berlin in Brandenburg, in das Zwischenlager Nord bei Greifswald-Lubmin transportiert. Abtransport als Ganzes statt Zersägen im AKW**

Seit mehr als einem Jahr geplant, wurde der Transport am 15. Oktober offiziell bekannt gegeben und für den 30. Oktober terminiert.

Ursprünglich sollte der Behälter als Ganzes abtransportiert werden, nachdem die Pläne, ihn zu zersägen gescheitert waren. Zu groß wäre der logistische und finanzielle Aufwand gewesen, vor Ort eine Zerlegung unter Wasser vorzunehmen, und den Reaktor dann in Einzelteilen in das Zwischenlager zu bringen: Nach Aussagen des mit dem Abbau beschäftigten Unternehmens und Eigentümers Energiewerke Nord (EWN, zudem Betreiber des Zwischenlager Lubmin)) hätte das Zersägen lange gedauert und entsprechend lange hätte die Gefahr bestanden, dass trotz aller Sicherheitsmaßnahmen Mitarbeiter der Strahlung ausgesetzt wären. Außerdem hätte man für den Abtransport des zerklüfteten Reaktorbehälters viele teure Spezialcontainer gebraucht. Der Transport in einem Stück sei einfacher, billiger und gehe schneller.

So wurde der Reaktorbehälter in Rheinsberg mit einem Spezialkran aus seiner Verankerung gehievt und auf den Bahnwaggon verladen.

## Der Reaktordruckbehälter

Der Reaktordruckbehälter ist das "Herzstück" des Atomkraftwerks, der Teil des Reaktors, in dem die eigentliche Kernreaktion stattgefunden hat. Er ist aus diesem Grunde (z.B. Neutronenbeschuss aus Kernreaktionen) zum Teil hoch radioaktiv geworden. Seine Stahlwände sind fast ausschließlich mit dem Nuklid Kobalt-60 belastet, Halbwertszeit: 5,3 Jahre. Daher soll die Strahlung in etwa 70 Jahren soweit abgeklungen sein, dass es sich laut geltender Grenzwerte um Stahlschrott handelt, der wiederverwendet werden kann, z.B. zur Herstellung von Bratpfannen.

109 Tonnen schwer, 11 Meter lang, Durchmesser: mehr als drei Meter, 24 Jahre in Betrieb gewesen, zusätzlich: 15cm dicke Abschirmung gegen Strahlung, Gesamtgewicht: 175 Tonnen, Gesamtgewicht des Transportwaggons mit Reaktorbehälter: ca. 400 Tonnen



## Spezialwaggon aus Österreich für Schienentransport

Um eine derartige Last logistisch händeln zu können, wurde ein 50-Meter langer Spezialwaggon aus Österreich herangeschafft, der mit einem Eigengewicht von etwa 230 Tonnen und 24 Achsen dem Transport von Großkomponenten dient. Mitsamt der radioaktiven Fracht konnte der Transportzug eine Geschwindigkeit von ca. 30 km/h fahren. Auf jeder Achse lastete ein Gewicht von ca. 16,5 Tonnen.

## Strahlung: 20 Mikrosievert pro Stunde

An der Behälteroberfläche wurde eine radioaktive Strahlung von 20 Mikrosievert pro Stunde gemessen. Im Vergleich: CASTOR-Behälter mit hochaktiven Glaskokillen aus der Wiederaufarbeitung strahlen mit etwa 50 Mikrosievert pro Stunde. Der Grenzwert für den Transport radioaktiver Stoffe - gemäß Gefahrgutrecht - beträgt 100 Mikrosievert (bzw. 0,1 Millisievert) pro Stunde. Auf der Grundlage dieser Zahlen erscheint die Strahlungsintensität nicht übermäßig hoch. Es ist jedoch festzuhalten, dass auch geringe Strahlendosen, die unter den Grenzwerten liegen, schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit haben können. Grenzwerte gaukeln zudem - insbesondere in Zusammenhang mit der Atomenergie - eine Ungefährlichkeit vor. Ist ein Grenzwert bestimmt, so sagt dieser in der Regel nichts über die tatsächliche Gefährlichkeit aus, sondern ist ein sogenannter 'politischer Wert', der das politisch Vertretbare ausdrückt. Grundsätzlich gilt, dass es für die Schädlichkeit radioaktiver Strahlung keinen Grenzwert gibt. Jede noch so kleine Menge ist schädlich.

## Unsere Kritikpunkte

### Marode Brücken

Der behindertengerechte Personennahverkehr auf der betreffenden Atomülltransportstrecke ist vor einem Jahr eingestellt worden. Begründung: der Zug mit ca. 50 t sei zu schwer. Der geplante Transport des Reaktordruckbehälters inklusive Waggon wiegt ca. 200t. Die notwendige Sanierung der Brücken, z.T. aus dem 18. Jahrhundert, ist für Dezember 2007 geplant - warum musste der Reaktor kurz vor der Erneuerung der Brücken rollen?

### Mangelndes Zwischenlagerkonzept für Atommüll

Die geplante Zwischenlagerung in Greifswald-Lubmin ist für max. 40 Jahre genehmigt, der Reaktordruckbehälter strahlt nach Betreiberangaben wenigstens 70 Jahre so heftig, dass an ein Zerlegen vorher nicht zu denken ist.

### Fehlendes Endlagerkonzept

Es gibt in Deutschland- und weltweit- kein Endlager für radioaktive Abfälle. Atomülltransporte sind generell abzulehnen, solange es keine Konzepte zur Zwischen- und Endlagerung gibt.

contrAtom, Bürgerinitiative gegen Atomanlagen Uelzen, Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Robin Wood, Anti-Atom Initiative Greifswald, SOFA Münster, Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen,

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kv Ostprignitz-Ruppin, Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e. V. unterstützten den Aufruf, sich an Protesten gegen den Reaktordruckbehälter-Transport zu beteiligen.

Mit einer Demo unter dem Motto: "Der Weg des geringsten Widerstands?" setzten am 27.10.2007 mehr als 100 Menschen in Greifswald ein deutliches Zeichen gegen den kommenden Atommülltransport von Rheinsberg nach Lubmin.

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, die BI gegen Atomanlagen Uelzen, die Anti-Atom-Initiative contrAtom und ein Anwohner aus Lindow hatten gegen den Reaktortransport aus dem stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg Klage und eine Einstweilige Verfügung eingereicht. Das Verwaltungsgericht Köln interessierte es aber weder, dass seit einem Jahr keine behindertengerechten Züge über die maroden Brücken bei Lindow fahren dürfen, Begründung: 50 t seien zu viel für die baufälligen Brücken; der Reaktorkerntransport wog ca. 400 t! Auch das mangelhafte Zwischenlagerkonzept, ein fehlendes Endlager weltweit und der Unsinn, Atommülltransporte durchzuführen ohne Plan und vorheriges Abschalten aller AKW ließen die Kölner Richter kalt und so wurde die einstweilige Verfügung abgewiesen, mit der Begründung, das Eisenbahnbundesamt wisse schon, was es da mache.

Am 29.10. fand eine Demo von 25 Leuten in Lindow statt. Der Demozug ging vom Marktplatz zur Brücke, wo es eine Kundgebung und anschließende Dauermahnwache gab.

Als der Transport am 30.10. in Rheinsberg losgefahren war, haben 5 Leute eine Demo auf den Gleisen veranstaltet und so einen 10minütigen Transportstopp erreicht. Das Polizeiaufgebot war etwa halbe Castortransportstärke hoch aufgeföhren worden, so blieb es bei einer symbolischen Aktion..

Auch auf seinem weiteren Weg wurde der Transport zwischen Greifswald und Lubmin erneut blockiert: Neben einer Blockade bei Diedrichshagen gelang einer kleinen, aber entschlossenen Gruppe von AktivistInnen es am Abend des 30.10., den Reaktortransport eine knappe Stunde lang in Kemnitz aufzuhalten. Zwölf Menschen saßen gutgelaunt auf den Gleisen, bis sie von mindestens der zehnfachen Menge an Freunden und Helfern kurzzeitig in Gewahrsam genommen wurden.

Es kann nicht ein Atommülltransport isoliert betrachtet gutgeheißen werden. Den Rückbau von Atomkraftwerken begrüßen wir, aber vorher fordern wir die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke.

**In diesem Sinne, es hat Spaß gemacht und-munter bleiben.**

Text und Bilder: Jan Becker, Bernd Ebeling, Kerstin Rudek,



# Atommüller stiften Endlager-Professur

**Wir empfehlen Studiengang Sofortausstieg aus der Atomtechnologie**

**Ausgerechnet die atommüllproduzierende Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die über ihre Tochterfirma Brennelement-Lager Gorleben GmbH (BLG) die Gorlebener Zwischenlager betreibt, hat an der Universität Clausthal im Harz Stiftungsprofessuren für einen Studiengang „Endlagerforschung“ eingerichtet. Damit ist gleich zu Beginn des privatwirtschaftlich gesponsorten Studiengangs jegliche Objektivität in Frage gestellt.**

„Es kann sichere Endlagerung für radioaktive Abfälle geben“, glaubt Klaus Jürgen Röhlig, der die Stiftungsprofessur „Endlagersysteme“ jetzt innehat in einem dpa-Interview. „Wir wollen Methoden entwickeln und erforschen, mit denen die Sicherheit mathematisch berechnet werden kann“. Zur ersten Vorlesung erschienen acht Hörer. Röhlig ist seit 1991 im Bereich Entsorgung für die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) tätig. Die GRS versteht sich „zur fachlichen Unterstützung sowohl der Bundesaufsicht und der Landesgenehmigungsbehörden als auch der mit der Entsorgung befassten Bundesbehörden“. Aus der Selbstbeschreibung: „Die laufenden Planfeststellungsverfahren erfordern eine hohe Kompetenz, weshalb Augenmerk auf die Weiterentwicklung des Standes von Wissenschaft und Technik gelegt werden“. Auf der Seite [www.grs.de](http://www.grs.de) ist zur Untermauerung der Arbeitsbereiche unter „Arbeitsfelder Entsorgung“ ein Castorbehälter und seltsamerweise ein einzelner Hubschrauber abgebildet. War nicht genug Platz für weitere Bilder von Wasserwerfern, Hundestaffeln und Polizeikesseln?

In der Werbung für den neuen Studiengang fällt kein Wort zu den Endlagern Morsleben und Asse. Statt alle Bemühungen in die beiden gescheiterten Endlagerprojekte zu setzen, wird so getan, als wäre eine sichere Endlagerung ein Kinderspiel und trotz aller komplexen Zusammenhänge mathematisch zu berechnen. Weltweit gibt es aber keine konkrete Erfahrung, wie hochradioaktiver Müll sicher gelagert werden könnte. In Deutschland ist nur drastisch nachgewiesen, dass die Salz-Endlagerprojekte Asse und Morsleben katastrophal gescheitert sind. Asse war als Versuchsbergwerk für Gorleben deklariert. Kommen nun erneut Pläne für ein Versuchslabor in Gorleben auf den Tisch?

Hintergrund: Bereits der niedersächsische Wissenschaftsminister Stratmann hatte bei einem Besuch in Gorleben gegenüber der Elbe Jeetzelt Zeitung (03.05.06) dargestellt, in Gorleben ein Untertagelabor für Versuche mit Atommüll einzurichten. Als Reaktion auf Stratmanns Ankündigung warfen wir der Atomindustrie „offensichtlich mafiaartige Strukturen“ vor. Denn das Eigeninteresse der Atomstromkonzerne, die über die TU Clausthal angeblich „ergebnisoffen“ forschen lassen wollen, ist überdeutlich. So haben Prof. Klaus Kühn von der TU Clausthal und Dr. Klaus Jürgen Brammer von der GNS gemeinsam unter dem Titel „Sicherheitstechnische Einzelfragen zur Endlagerung, eine kritische Auseinandersetzung mit dem Vorgehen des BfS“ (atw 12/05) gefordert, die Erkundungsarbeiten in Gorleben unver-

züglich fortzusetzen. Kühn attestierte als zuständiger „Sicherheitsexperte“ den Katastrophen-Endlagern Asse II, bei Wolfenbüttel und Morsleben, bei Helmstedt, jahrelang angebliche Standsicherheit. Morsleben ist teilweise eingestürzt und wird verfüllt, der Standort Asse II bei Wolfenbüttel säuft weiter ab. Aktuell vermuten selbst die Betreiber nur noch eine „Standsicherheit“ von sieben Jahren. Mit verheerenden Folgen für die Trinkwasserqualität im Großraum Braunschweig. Für „Endlagerfachmann“ Prof. Kühn hatten seine all-gemeingefährdenden Fehlprognosen nie Konsequenzen. Im Gegenteil, Kühn erhielt im Mai 2003 an der TU Clausthal die „Ehrung für ein Lebenswerk“.



## Bundesverdienstkreuz für Katastrophen-Endlager

Aus der Laudatio: Klaus Kühn hat über 30 Jahre die Wege der Endlagerforschung in Deutschland maßgeblich geprägt und in der Welt als international angesehener Experte aktiv begleitet. In diesem Jahr wird er seine Tätigkeit bei der GSF (Asse) und an der TU Clausthal beenden, als Honorarprofessor aber noch einige Zeit sein Wissen und seine Erfahrungen zur Verfügung stellen. Der berufliche Werdegang Klaus Kühns startete im Jahr 1965 als „Mann der ersten Stunde“ am neu gegründeten GSF-Institut für Tief Lagerung. 1968 promovierte er an der Technischen Universität Clausthal, im Jahre 1987 folgte die Ernennung zum Honorarprofessor. Kühn ist bis heute Mitglied und Berater in zahlreichen bedeutenden nationalen und internationalen Fachgremien, darunter der Internationalen Atomenergieagentur, der Kommission der Europäischen Union und der schweizerischen 1990 erhielt er vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in Würdigung seiner Leistungen für das Programm zur Lagerung radioaktiver Abfälle, das Bundesverdienstkreuz.



Von 1999 bis 2002 widmete sich Klaus Kühn der Aufgabe, natur- und sozialwissenschaftliche Kriterien für die Auswahl eines geeigneten Endlagerstandortes in Deutschland zu erarbeiten. Er war Mitglied des Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Am 25. Februar 2002 erhielt Kühn den Annual Wendell D. Weart Life Time Achievement Award in Waste Management. Mit dieser hohen amerikanischen Auszeichnung würdigte der Namensgeber dieses Preises selbst das Lebenswerk Kühns auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle.

## Kein Untertagelabor – Gorleben aufgeben!

Soweit die Würdigung trotz der Katastrophen-Endlager Asse und Morsleben, die Kühn als sicher behauptete. An beiden Standorten wurden auch Forschungen durchgeführt. So führte „Stoller Ingenieurtechnik“ seit 1987 Bestrahlungsversuche im Untertagemessfeld Morsleben durch. Dort sind Spezialcontainer mit hochstrahlendem Kobalt und Caesium befüllt. Daraus ergibt sich zusätzlich die Frage, ob in Gorleben der nächste atomare „Forschungs-Spielplatz“ als Ersatz für die Katastrophenstandorte gesucht wird. Wenn es nicht vorher noch zu einem Salzlaugen-Einbruch wie in der Asse II, oder zu einem Zusammenbruch wie in Morsleben kommt, wäre die Errichtung eines Untertagelabors in Gorleben definitiv die Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens für ein Endlager. Noch hat das im Oktober 2000 für die Dauer von bis zu 10 Jahren ausgerufenen Moratorium, ein Baustopp, Gültigkeit. Doch offensichtlich will die Privatwirtschaft über ein als Forschung getarntes Hintertürchen Gorleben als Endlager festlegen.

Das Bundesamt für Strahlenschutz hatte nach Beendigung der Untertagelaboraktivitäten in dem Forschungsbergwerk Asse Anfang der 90er Jahre selbst die Einrichtung eines Untertagelabors in Gorleben geprüft und nur aus verfahrenstechnischen Überlegungen wegen der laufenden Erkundung des Salzstocks Gorleben im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens nicht weiter verfolgt. Im Zusammenhang mit dem Endlagerstudiengang ist weiter zu befürchten, dass in Gorleben ein Untertagelabor eingerichtet werden soll. Wir empfehlen den Studiengang „Sofortausstieg aus der Atomtechnologie“ und den Standort Gorleben aufzugeben.

Francis Althoff

## November/Dezember und später ...

- 27.11.20 Uhr** „Sicherheitsarchitektur bei polizeilichen Grosslagen“ in Berlin-Kreuzberg, KATO, U-Bhf Schlesisches Tor, [www.euro-police.noblogs.org](http://www.euro-police.noblogs.org)
- 28.11.20 Uhr** Infoveranstaltung zu Urantransporten Infoladen Köln, Ludolf-Camphausen-Str.36, [www.urantransport.de](http://www.urantransport.de)
- 29.11. – 1.12.** Tagung in Gorleben für die junge Generation in der Kerntechnik „Wohin mit dem Atommüll?“, [www.ktg.org](http://www.ktg.org)
- 1.12. 11 Uhr** Demonstration in Wiesbaden, Hauptbahnhof, gegen den geplanten Ausbau des Frankfurter Flughafens, [www.flughafen-bi.de](http://www.flughafen-bi.de)
- 1.12. 11 Uhr** MV des LBU, Freizeithelm Ricklingen, Ricklinger Stadtweg 1, 30459 Hannover, [www.lbu-niedersachsen.de](http://www.lbu-niedersachsen.de)
- 3.-14.12.** Weltklimakonferenz in Bali/Indonesien [www.klima-aktiv.com](http://www.klima-aktiv.com)
- 4.u.5.12.** 13. Deutsches Atomrechts-Symposium in Berlin, Hotel Maritim proArte (Veranstalter BMU und GRS)
- 7.12. 20 Uhr Solikonzert in Tramm mit „Sprengsatz“ aus Paderborn und Last Crime Nation, u.a. für Nikolausaktion Landtag 6.12.06**
- 8.12.** Weltweiter Klimaaktionstag 14 Uhr Demo vom Berliner Rathaus zum Brandenburger Tor, [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de)
- 8.12.** Aktion in Neurath bei Düsseldorf Menschenkette um das Braunkohlekraftwerk, [www.klimaaktion.de](http://www.klimaaktion.de)
- 13.1.08 15 Uhr** Mitgliederversammlung Gorleben-Archiv in Grabow
- 19.1.08 14 bis 18 Uhr** Ausstiegskonferenz zum AKW Esensham in der Markthalle in Rodenkirchen
- 29./30.1.08 11.** Europäischer Polizeikongress in Berlin, Congress Center am Alexanderplatz, [www.euro-police.noblogs.org](http://www.euro-police.noblogs.org)
- 11.-14.3.08 7.** Internationale Konferenz Solarenergie in Architektur und Stadtplanung in Berlin [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)
- 15.3.08 12.** Frankfurter Kolloquium Umwelt und Gesundheit [www.dugi-ev.de](http://www.dugi-ev.de)
- 1.5.-12.5.08 KLP 2008**

## Wiederkehrende monatliche Termine

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau [www.aku-gronau.de](http://www.aku-gronau.de)
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache



**Soli-Konzert für Nikolaus-Aktion 6.12.06  
in Neu-Tramm Raum 2 am 7.12.07  
mit Sprengsatz und Last Crime Nation**

## Die Weihnachtszeit naht unwillkürlich!!

Damit beginnt die hektische Suche nach den passenden Geschenken für Verwandte, Angehörige und FreundInnen.

Im Bi-Büro haben auch wir eine Menge interessanter Angebote. Das fängt an mit Musik Cd's gemischt verschiedene Interpreten und Musikrichtungen zum 30. Jahrestag über die Soli-Cd von Embryo, den Sampler zum G8 Gipfeltreffen und verschiedenen Soli Cd's von SchülerInnen und Initiativen.

## Daneben haben wir viel Lesenswertes über und um das Thema Atomenergie.

Komplettiert wird das Angebot durch T-Shirts und Pullis mit diversen Motiven, die sich als Geschenk eignen. Gestricktes und Gehäkeltes haben wir auch noch neben Postkarten und Postern zu bieten.

Also es lohnt sich aus diesem Anlass mal im Bi-Büro vorbeizuschauen. Öffnungszeiten siehe unten. Wir freuen uns auf deinen/Euren Besuch.

W.Taubitz



## Ich abonniere die Gorleben Rundschau

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow,  
Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

## Impressum

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W.Taubitz, F.Althoff

**Bildmaterial:** D Metk, I+W Lowin, W.Taubitz, G. Förster

**Mitarbeit:** W. Hesters, M. Eickhof, U. Buchholz, Anti-Atom-AG des AStA der TU BS, K. Neubig, T. Darge, P. Dickel, J. Rauhut, E. Wieder, D. Metk, EA Gorleben, G. Förster, U. Jentzsch, J. Becker, B. Ebeling, K. Rudek

**Auflage:** 2500

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow

Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,

[buer@bi-luechow-dannenberg.de](mailto:buer@bi-luechow-dannenberg.de)

[www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:** Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr